

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Postfach 31 40 · 65021 Wiesbaden

An die
Kommunalen Spitzenverbände
über Verteiler

-ausschließlich per Email-

Geschäftszeichen 61a2000-0005/2016/011
Dokument-Nr. 2021-289765
Bearbeiter/in Elena Enns
Durchwahl +49 611 3219 3210
Fax +49 611 327193210
E-Mail elena.enns@hsm.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

Datum 12. November 2021

Aktuelles Migrationsgeschehen und Auswirkungen auf die Zuweisungspraxis

Unser Schreiben vom 13. September 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem Schreiben vom 13. September 2021 zum aktuellen Migrationsgeschehen und zu den Auswirkungen auf das Standortorganisationskonzept der Erstaufnahmeeinrichtung hat sich die globale Migrationslage weiter verschärft. Die Anlandungszahlen im Mittelmeerbereich sind nach Informationen des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat weiter gestiegen. Die Lage in Litauen, Lettland und Polen an den Grenzen zu Belarus ist besorgniserregend und führt zu stark steigenden Zugangszahlen im Bereich der Erstaufnahme von Asylsuchenden. Nach wie vor nicht prognostizierbar ist auch die Zahl der hilfesusuchenden Menschen, die aus Afghanistan nach Deutschland kommen werden.

Bereits in den vergangenen Wochen hatten nicht nur mehrere östliche Bundesländer, sondern auch Hessen Engpässe bei der Aufnahme und Unterbringung zu verzeichnen.

Sonnenberger Straße 2/2a
65193 Wiesbaden

Telefon: (0611) 3219-0
Telefax: (0611) 32719-3700

E-Mail: poststelle@hsm.hessen.de
Internet: <http://www.soziales.hessen.de>

Das Dienstgebäude Sonnenberger Straße 2/2a ist mit den
Buslinien 1, 8 (Haltestelle: Kurhaus/Theater) und 16 (Haltestelle Kureck) zu erreichen



Die Situation spitzt sich nun derart zu, dass die Unterbringungskapazitäten in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes vollständig erschöpft sind und wir mittlerweile eine Überbelegung zu verzeichnen haben. Mit anhaltend hohen und höchstwahrscheinlich noch weiter steigenden Zugängen ist zu rechnen, eine Entspannung nicht in Sicht. Diese Situation nehmen wir sehr ernst.

Die Landesregierung hat bereits eine Modifizierung des Standortorganisationskonzepts der Erstaufnahme beschlossen und arbeitet mit Hochdruck daran, weitere Standorte für die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden zu erschließen. Dies wird jedoch noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Um zwischenzeitlich einen Unterbringungsnotstand zu vermeiden, besteht daher keine andere Möglichkeit, als die wöchentlichen Zuweisungen in den nächsten Wochen vorerst sukzessive auf bis zu 650 Personen pro Woche (davon 500 aus der EAEH) zu erhöhen. Wir bitten Sie, die hierfür notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Das Regierungspräsidium Darmstadt wird hierzu noch mit weiteren Details auf Sie zukommen.

Die unüberschaubare politische Lage in Belarus und Afghanistan sowie die aktuellen Zugangszahlen lassen darauf schließen, dass die Zahl der unterzubringenden Personen weiter ansteigt. Bitte stellen Sie sich deshalb bereits jetzt auf weiter steigende Zugänge von Geflüchteten ein, auf die es kurzfristig zu reagieren gilt.

Die Gesamtsituation stellt uns alle erneut vor große zusätzliche Herausforderungen. In den vergangenen Jahren haben wir in dieser Frage eine gute und partnerschaftliche Zusammenarbeit etabliert. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch die bevorstehenden Herausforderungen gemeinsam gut bewältigen werden und danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement.

Mit freundlichen Grüßen



Kai Klose